

Freies Mandat muss geachtet werden

(Bruchköbel/pm/jgd) – Die Fraktionen von SPD, BBB und FDP fragen sich in einer gemeinsamen Pressemitteilung, ob die Koalition von CDU und Grünen noch lebensfähig ist. Sei diese doch zum zweiten Mal innerhalb von wenigen Wochen bei geheimer Abstimmung mit der Personalie „Ringel“ gescheitert. Die Führung der CDU, des zahlenmäßig größeren Koalitionspartners, sei wohl nicht in der Lage, damit sachlich umzugehen. Hierbei kritisieren die drei Fraktionsvorsitzenden Christine Empter, Alexander Rabold und Jürgen Schäfer besonders das Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers Thomas Demuth (CDU). Dieser habe auf Antrag seiner Fraktion die Sitzung der Stadtverordneten für zehn Minuten unterbrochen. Tatsächlich wurde die Sitzung aber dann für eine Dreiviertel-

stunde ausgesetzt. Erst auf mehrmaliges Drängen hätten er und die CDU-Fraktion, mit Ausnahme der Fraktionsvorsitzenden, sich dann wieder im Sitzungssaal eingefunden. Und wenn es den Tatsachen entspreche, dass sich der Stadtverordnetenvorsteher in dieser Zeit der Sitzungsunterbrechung an „Einzelverhören“ der CDU-Mandatsträger im Dienstzimmer des Bürgermeisters beteiligt habe, hätte er damit aufs Größte seine Neutralitätspflicht als Stadtverordnetenvorsteher verletzt, sagen SPD, BBB und FDP. – Der Darstellung zu Demuth widersprach allerdings Bürgermeister Maibach scharf. Thomas Demuth sei als Vorsitzender des Stadtparlamentes ein erster Bürger der Stadt. Demuth versehe das Amt seit Jahren loyal und stets fair gegenüber allen Fraktionen, so

betonte der Bürgermeister gegenüber dem BK. Es sei kontraproduktiv, ihn als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, als der er natürlich auch an Gesprächen in einer Sitzungspause teilnehme, derart anzugehen. – In der Sache mahnen die Fraktionsvorsitzenden von SPD, BBB und FDP die Führungen von CDU und Grünen, das persönliche Gewissen und das gesetzlich garantierte freie Mandat eines jeden Stadtverordneten zu achten.

Wegen der herausragenden Bedeutung einer Personewahl habe der Gesetzgeber für das entsprechende Verfahren die geheime Abstimmung vorgeschrieben, damit die Mandatsträger ungehindert von äußeren Zwängen nach ihrem Gewissen entscheiden können. Dies habe jeder, auch ein Bürgermeister und eine Frakti-

onsvorsitzende, aber in allererster Linie auch ein Stadtverordnetenvorsteher zu akzeptieren. Auch mit einem trotzigen „weiter so“ des Bürgermeisters sei es in dieser Situation sicher nicht getan. Anstatt „Ordnung in seinen Stall“ zu bringen, also parteiinterne Kritiker ausfindig zu machen und zu entfernen, solle sich der Bürgermeister fragen, wo die Ursachen für die zwei Wahlniederlagen in Folge liegen könnten. Er solle zukünftig einen breiteren politischen Konsens suchen, statt weiter auf eine offensichtlich unsichere Mehrheit zu setzen. Denn diese werde er sowieso verlieren, wenn entsprechend seiner Ankündigung, „die zwei Personen, die Ringel nicht mittragen, die Fraktion verlassen“ und nur noch 18 Stadtverordnete bei Schwarz/Grün übrigblieben.